Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltversehr * Bild im Bilde.

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30/32. Fernsprecher: Amt Hansa Nr. 5970–5979. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M in Berlin durch Boten.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

Berlin, 16. Dezember 1925
Mittwoch Abend

16 12. a

64. Jahrgang
Nr. 591
10 Uhrausg.

Die Zukunft unserer zivilen Luftfahrt.

Richtlinien für unsere Verhandlungsführer.

Die Erwägungen, im Anschluß an den Londoner Pakt die Stellung der früheren Alliierten zur deutschen Luftfahrt eines Revisions zu unterziehen, werden von der ausländischen Presse, besonders von der französischen, offenbar absichtlich zu Nachrichten benutzt, die an maßgebenden Stellen die Stimmung hervorrufen, daß ein deutsch-französisches Abkommen bis Ende des Jahres zu erwarten sei, wonach Deutschland der Luftverkehr im besetzten Gebiete, Frankreich der Ueberflugzonen deutschen Gebietes gestattet werden soll. Auch wird erwähnt, daß deutsche Sachverständige in Berlin in Paris bereits verhandelt hätten und demnächst in Berlin zurückerwartet würden.

Die vorbehaltlose Wiedergabe solcher unrichtigen Meldungen in der deutschen Presse ist geeignet über die tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen dieser hochwichtigen Frage ein falsches Bild aufkommen zu lassen.

Die unteren zivilen Luftfahrt unterliegen Beschränkungen, von denen besonders die Bauvorschriften in Hinblick auf Größe und Tragfähigkeit der Luftschiffe und das Verkehrsverbot in gewissen Gebietsteilen schwere, der notwendigen Entwicklung hinderliche Fesseln darstellen, ausserdem, wie Berlin erklärt, das bei Luftfahrt Diktat das vielfache Verbote und Beschränkungen nur bezüglich der Luftfahrt für militärische Zwecke enthält, sondern auch eine nachträglich aufgezwungene Bedingungen. Da bei den „Rückwirkungen" des Locarno" zunächst vorwiegend die Entscheidungen und bedeutender Maßnahmen im Auge gehabt wurden, die im Friedensvertrag keine Stütze finden, so war es selbstverständlich, daß diese Beschränkungen der zivilen Luftfahrt schon in Locarno und später auch in London erörtert wurden und man erwartete mit Recht daß nunmehr auch alsbald positive Verhandlungen darüber einsetzen würden. Solche Verhandlungen können aber im Geiste von Locarno und London selbstverständlich nur am Verhandlungstische mit einem vollständig gleichberechtigten Deutschland geführt werden, darüber hinaus oder auch unbeschadet nur unter dem Gesichtspunkte einer Gleichberechtigung unseres zivilen Luftverkehrs mit den der anderen Vertragsstaaten. Es wäre deshalb widersinnig und abwegig, wenn die deutsche Regierung etwa geneigt wäre in Spezialverhandlungen mit Frankreich einzutreten oder sich zu ihr in eine Art Ausnahmestellung bezüglich der Verkehrsfrist und des Ueberflugrechts einlassen würde. Es kann zuverlässig versichert werden, daß die Reichsregierung solchen Gedanken vollkommen fernsteht, vielmehr vorerst lediglich von der Botschafterkonferenz als Vertreterin der anderen Vertragsmächte eine Verständigung der deutschen Gleichberechtigung verlangen wird, um dann eventuell in Verhandlungen über Sonderabkommen einzutreten, welche unseren in Rücksicht zu ziehen wäre, welche Lösung sich ohnedies durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für den ganzen Fragenkomplex ergeben würden. Neuere Nachrichten aus dem Auslande lassen erkennen daß die Botschafterkonferenz sich dieses Standpunktes der deutschen Regierung vollauf bewußt ist und ihm mindestens in einem gewissen Umfange Rechnung tragen will, nachdem besonders ein wichtiger Teil der Londoner Presse seine Bereitschaft anerkannt hat.

Wenn nun zur Zeit ein Abkommen zwischen deutsch-französisches Sonderabkommen als Grundlage angegeben wird, daß Deutschland den freien Luftverkehr im besetzten Gebiete wiederherstellen und dagegen auf sein bisher von seiner Seite angestrebtes Luftbodenrecht verzichten sollte, so ist die Wahrheit nur zu deutlich. Glaubt man im Ausland wirklich, daß wir uns die Beteiligung eines offenbaren Unrechts durch Aufgabe dieses wichtigen Rechtes uns dem Friedensvertrag erkaufen sollten? Den deutschen Vertretern des Verkehrsministeriums und des Auswärtigen Amts, die im Anschluß an Locarno die schwebenden Fragen mit der Kontrollkommission der Botschafterkonferenz in Paris berieten, wurde allerdings gelegentlich das Ansuchen gestellt, in eine Kontingentierung der deutschen Luftfahrt zu willigen. Eine solche ist, abgesehen von den allgemeinen Gesichtspunkten, schon deshalb unsinnig, weil sie eine weitere Kontrolle der zivilen Luftfahrt mit sich bringen würde, die gegenwärtig Deutschland nicht mehr zugemutet werden kann, und außerdem die Gefahren eines technischen und wirtschaftlichen Stillstandes in sich birgt. Schließlich würde die deutsche Industrie sich zu einer Abwanderung ins Ausland gezwungen sehen und dort nicht verhindert werden können, ihre Erfahrungen und ihre Arbeit auch für militärische Zwecke nutzbar zu machen.

In neuester Zeit sind bereits Sachverständige oder Regierungsvertreter überhaupt nicht in Paris gewesen. Man scheint beschlossen, nunmehr den Beginn der Verhandlungen immer wieder, angeblich aus organisatorischen Gründen, vertagt werden lässt, immer noch auf die offizielle Einladung zu warten, die nach Londoner Meldungen nunmehr wirklich erfolgen soll. Bei den gewichtigen Interessen, die für unsere Industrie und für unsere Stellung im internationalen Luftverkehr auf dem Spiele stehen, dürften alle Kreise der Wirtschaft und der politischen Richtung ein mütig in der Erwartung sein, daß die Regierung sich von den notwendigen Zielen nicht abdrängen und auf keine Kompromisse einlassen sollte, und daß auch für eine beschleunigte Erledigung mit größtem Nachdruck Sorge getragen wird.

Reg.-Rat a. D. Dr. Wiener.

Die Luftfahrtkonferenz in Paris.

Die deutschen Delegierten für die Luftfahrtkonferenz in Paris werden am Donnerstag von Berlin abfahren. An der Reise nach Paris, um 11 Uhr, angekommen Kabinettsitzung wurden die Richtlinien festgelegt, die für Deutschland für die Zulassung zu einem internationalen Luftregime von der Kontrolle mitgegeben sein müssen. In erster Linie verlangt Deutschland die Aufhebung der sogenannten Begriffsbestimmungen über den Bau von Luftfahrzeugen die durch den Friedensvertrag weder inhaltlich noch wörtlich vorgeschrieben sind.

Ein Zusammenarbeiten in der zivilen Luftfahrt ist für Deutschland nur möglich, wenn die Baubeschränkungen, die militärische Deutschland auferzwungen sind, vorzüglich und selbstverständlich die Flugverbote für deutsche Flugzeuge über das besetzte Gebiet aufgehoben werden.

Verstärkte Besatzung für Zweibrücken

m. Zweibrücken, 16. 12. (Eigenbericht).

Die Stadt Zweibrücken, die bisher eine französische Garnison in Stärke von ca. 500 Mann hatte, wird eine neue Besatzung in Stärke von 2200 Mann erhalten. Der erste Transport dieser Truppe erhöhte französischen Garnison in Stärke von 700 Mann ist bereits mit Sonderzug in der Stadt eingetroffen. Die bisherige Garnison, etwa 500 Mann, ist nach Frankreich abgerückt.

Englische Angriffe gegen Rußland.

Eine deutsche Absage an Herrn Tschitscherin.

sx. London, 16. 12. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an die Pariser Aeußerungen Tschitscherins bringen „Times" heute einen offenbar offiziös inspirierten Leitartikel, der sich auffallend scharf gegen die angebliche Verbündungsabsicht Tschitscherins wendet. Mit dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen soll Rakowski nach Moskau fahren, während Tschitscherin in Westeuropa weiter will in der Hoffnung, daß sich eine Tür nach Großbritannien öffne. „Times" schreiben hierzu: „Wenn das wahr ist, wenn Tschitscherin nach London kommen oder den Versuch machen sollte, irgend einen englischen Staatsmann (Chamberlain) zu treffen einen Teil Europas zu treffen, dann sollte die Antwort völlig klar sein. Das hat nichts mit Gefühlen oder dem Geist von Locarno oder den neuen Abrüstungsplänen (!) zu tun. Jeder weiß, daß die kommunistische Partei, die Rußland regiert, seit Jahren im mittleren Osten und in China Asien gegen uns aufhetzt, um unseren Weltreich zu zerstören und schließlich das britische Empire zu ruinieren. Daß die Sowjetregierung in Rußland selbst eine unerhörte Tyrannei ausübt, barbarische Terror überfällt, systematisch Unschuldige mordet, die Religion niedertritt und die russische Jugend verdirbt, mag noch als innere Angelegenheit gelten, wenn es auch zu ernsten internationalen Störungen führen kann. Was uns aber unmittelbar angeht, ist die systematische Anstiftung, durch bezahlte Agenten oder durch scheinbar erfolgreiche Hetzreise in unseren Gewerkschaften sich in unsere eigenen Angelegenheiten einzumischen." In diesem Stile wird eine Spalte lang Rußland angegriffen. Positiv heißt es schließlich: Es ist überflüssig, zu wiederholen, daß Verhandlungen nicht möglich sind, wenn Rußland nicht vorher das Dekret über die Annullierung der Schulden ausdrücklich widerrufen hat.

Konservative Presse gegen konservatives Kabinett.

sx. London, 16. 12. (Eigenbericht.)

Lord Beaverbrook, der Besitzer des „Daily Express" und des „Evening Standard", veröffentlicht unter dem Titel „Politiker und Presse" seine persönlichen Erfahrungen, die er als Journalist und Politiker gemacht hat. Lord Beaverbrook befindet sich, wie kein Kollege Lord Rothermere von der „Daily Mail", in einem ziemlich unverhüllten Konflikt mit der gegenwärtigen Regierung und mit Baldwin persönlich. Er hält Baldwin gewissermaßen für seinen „jungen Mann", der jetzt selbständig geworden und ausgebrochen ist. Er ergeht in seinem Buch, wie er der Vater der politischen Laufbahn Baldwins wurde, als er den jungen Baldwin Bonar Law zum Finanzminister empfahl. Durch seine Einmischung in die laufenden Geschäfte hat sich Lord Beaverbrook u. a. auch die Feindschaft des verstorbenen Curzon zugezogen. Beaverbrook erzählt in seinem Buch, wie er mit dem Prinzen Aga Khan eine Reise nach Angora vereinbart hatte, um mit Mustapha Kemal Pascha über die Teilnahme der englisch-türkischen Differenzen zu verhandeln. Er teilte seinen Plan dem Premierminister mit, worauf Curzon, der damals Außenminister war, in größtem Unwillen die Reise verhinderte.

Die Feindschaft der beiden konservativen Pressefonds gegen die jetzige konservative Regierung wird ebenfalls auf persönliche Momente zurückgeführt. „Near East" gibt in seiner letzten Nummer zu weit, den Angriff in der Mosul-Frage die Verbindung mit Petroleumunteressen zuzuschreiben, da die Mosul-Konzession der türkischen Petroleumcompagnie bei einer Ausfolge Mossuls hinfällig und die Bahn für die Konkurrenz frei würde. Das Buch Lord Beaverbrooks, auf das noch zurückzukommen sein wird, ist um so aufsehenerregender, als der Lord es mit allen seinen Freunden nacheinander verdorben hat, zuerst mit Lloyd George, dann mit Churchill und schließlich mit Baldwin.

Neue Unruhen in Irland.

sx. London, 16. 12. (Eigenbericht.)

Als erste Folge des Friedens mit Irland sind in Belfast Unruhen unter der militärischen Polizei ausgebrochen. Nach dem Vertrage stellt England nach Zahlung einer Abfindungssumme die Beiträge für den Unterhalt der militärischen Polizei Ulsters ein. Ulster muß diese von England in Südirland angeworbenen Leute, fast ausschließlich Kriegsteilnehmer, jetzt entlassen. Es handelt sich insgesamt um fast 40 000 Mann. In Belfast stehen etwa 3500 Mann, die den Auflösungsbefehl damit beantworteten, daß sie ihre Offiziere festhielten und sich in den Kasernen verbarrikadierten. Sie erklären, nur „abzurüsten", wenn sie je 200 Pfund sofort ausgezahlt erhielten.

Die glücklichen Grundherren Englands.

sx. London, 16. 12. (Eigenbericht.)

Die Kommission für die Unterhaltung der Kohlenindustrie beschäftigte sich heute mit den Regalien und Schürfgeldern, die die Bergwerksbesitzer an die Grundeigentümer zahlen müssen. Es handelt sich um Beträge, die die Bergwerksbesitzer in England und Wales jährlich 6,2 Millionen Pfund an die Grundherren bezahlen. Als Vertreter der Grundherren war der Herzog von Northumberland als Zeuge geladen. Er bezieht persönlich jährlich etwa 75 000 Pfund, die sich jedoch durch Abzug der Einkommen- und Abgaben für Bodenschätze auf 35 000 Pfund ermäßigen. In der Aussprache wurde die interessante Frage angeschnitten, ob die Grundeigentümer nicht auch für das Ueberfliegen ihrer Grundstücke Regalien bezögen, was ein Bergwerksbesitzer mit „noch nicht" beantwortete.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Fortgang der Krise in Paris.

Senator Doumer als Nachfolger Loucheurs.

a. Paris, 16. 12. (Eigenbericht.)

Die unabänderlich ablehnende Haltung der Finanzkommission gegenüber den Loucheurschen Steuerprojekten hat, wie bereits gemeldet, die Demission Loucheurs herbeigeführt. Alle Versuche Loucheurs, die Finanzkommission umzustimmen, blieben ergebnislos. 20 Minuten lang argumentierte gestern abend Loucheur für seine Projekte in der Kommission. Die Kommission stellte nicht einmal eine Frage an ihn und beschloß bei einer Stimmenthaltung mit Stimmenmehrheit abermals die

Zurückweisung der Loucheurschen Projekte.

Am Lunch des Abends empfing Briand den Senator Doumer, um ihn, wie es heißt, das Portefeuille der Finanzen anzuvertrauen. Doumer hat nach dem „Petit Parisien" auch im Prinzip bereits angenommen. Heute vormittag findet nun ein Kabinettsrat statt, der sich mit dem Personenwechsel im Finanzministerium und mit der Finanzlage des Landes beschäftigen soll. Es wird vermutet, daß die Kabinettsmitglieder mit Doumer als Finanzminister einverstanden sind, der bereits während der letzten Regierungskrise als Finanzminister genannt wurde und als Fachmann einen guten Namen hat. Doumer ist Präsident der Finanzkommission des Senats. Briand verhandelte mit ihm bereits nach dem gestrigen Kabinettsrat das erste Mal, als von den vergeblichen Versuchen Loucheurs, die Finanzkommission umzustimmen, noch keine Nachrichten vorlagen.

Die „Journée Industrielle" stellt fest: „Die Regierungskrise hat also einen Minister mehr verbraucht und damit ist auch wieder eine weitere

verlorene Zeitperiode zu Ende,

wo eigentlich jeder von uns sagen muß, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist."

„Müssen denn alle 300 bis 400 Ministerkandidaten der Kammer und des Senats vorher verbraucht werden", fragt der „Figaro", „bis man endlich die Methoden ändern wird? Das Vorgehen Briands," betont das Blatt, „das Abwägen der Parteiansichten, das Herumtragen der Beschlüsse des Finanzministers, mag wohl an sich für ein große Kunst sein, aber in den gegenwärtigen Verhältnissen stellt es nur die Kunst der Zeitvergeudung dar. Wenn ein Volk auf dem Wege ist, seinen Credit zu verlieren, so kommt nur ein Weg in Betracht: jener des öffentlichen Kredits."

*

Paul Doumer (geb am 22. März 1857 zu Aurillac) gehörte bereits 1888 der französischen Kammer als Repräsentant des Aisne-Departements an und seit 1912 dem Senat für Korsika.

Schon einmal, 1895–96, hatte Doumer das Portefeuille der Finanzen inne im Kabinett Bourgeois. Später war er Generalgouverneur von Indochina; in dieser Stellung, in der er sich einen Namen schuf, hatte er Gelegenheit, seine ganze Tatkraft an den Tag zu legen. 1905–06 war Doumer Präsident der Kammer, trat dann eine Zeitlang kaum mehr hervor, bis er in dem kurzlebigen Kabinett Briand (1921–22) noch einmal Finanzminister wurde. Bevor der jetzige Oberkommissar für Syrien, Senator de Jouvenel, für diesen Posten ausersehen wurde, ist der Name Doumer immer wieder in diesem Zusammenhang häufig genannt worden.

Ein neues Programm Kochs.

Die neue Besprechung Kochs mit den Parteiführern, die Mittwoch vormittag im Reichstag stattfand, brachte nach dreistündiger Aussprache keine Einigung. Unser Bericht über den Inhalt der Besprechung wird lediglich berichtet, daß sich die Notwendigkeit von Rückfragen ergeben habe, worüber eine ausgedehnte Erörterung entstanden sei. Die Wirtschaftliche Vereinigung war durch die Abgeordneten Lemmer und Schepmann vertreten, die übrigen Parteien hatten die gleichen Vertreter wie am Vertage entsandt.

Bis heute nachmittag will Koch ein neues, angeblich endgültiges Programm ausarbeiten, zu dem die Fraktionen heute abend Stellung nehmen sollen. Koch selbst legt Wert darauf, festzustellen, daß eigentliche Verhandlungen zwischen den Parteien unterschieden nicht stattgefunden haben. Auf Grund seines vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages habe er lediglich Fühlung mit den Parteien gesucht, um seinem Programm den Charakter eines Ausgleichs zwischen den verschiedenen Standpunkten geben zu können. Die Entscheidung der Fraktionen steht also noch aus.

Für Donnerstag vormittag ist eine neue, angeblich endgültige Besprechung der Parteiführer in Aussicht genommen.

*

Die allgemeine Stimmung im Reichstag ist angesichts der sich immer länger hinziehenden Krise gedrückt, auch unter den Anhängern der Großen Koalition, die plötzlich nicht mehr den gleichen Optimismus zeigen wie gestern. Der Eindruck, daß Koch ursprünglich Richtlinien seine Grade bei den Parteien gefunden haben, und daß er mit seinen neuen Richtlinien vor einer völlig unklaren Haltung der Fraktionen steht, trägt zu dieser Stimmung wesentlich bei. Die Haltung der Sozialdemokratie wird offenbar noch wieder zu einem Ausweichen, obwohl man in parlamentarischen Kreisen die strenge Haltung des „Vorwärts" mit seinem Verlangen nach „Klarstellungen" als reine Taktik bewertet und den Hinweisen auf das sozialdemokratische Forderungsprogramm nicht allzuviel Wert beimaß. Aber die sachlichen Schwierigkeiten für ein Zusammenkommen erwiesen sich doch als sehr groß.

Die Folgen des Zloty-Sturzes.

Verzweifelte Lage im ganzen Lande.

n. Warschau, 16. 12. (Eigenbericht.)

Der Dollarkurs von 10,50 Zloty drückt der verzweifelten Lage der Wirtschaft Polens den Stempel auf. Bei dem großen Devisenmangel der Polnischen Bank und dem Unvermögen der Regierung, den Devisenschatz zu erhöhen, ist an eine Stabilisierung des Zloty nicht zu denken. Die geplante Sparsamkeitsaktion wird illusorisch dadurch, daß infolge des Zloty-Sturzes die Auslandsschulden, die Anleihe für die nächste Zeit sind auf den Nullpunkt gesunken. Dazu kommt die drückende Last der großen Militär- und Flottenausgaben. Als greifbar wird es angesehen, daß an der Spitze der wohl kaum als Flotte zu bezeichnenden geringen Marineeinheiten fünf Admirale stehen.

Die Nachricht von der Berhaftung des früheren polnischen Finanzministers, der jetzt den Posten eines Generaldirektors der Bank-Polski-Sparbank bekleidet, wegen betrügerischer Darlehnsgeschäfte zum Schaden des Staates, hat weitere Mißstimmung in der Bevölkerung hervorgerufen.

Es wird vermutet, daß die Kabinettsmitglieder mit Doumer als Finanzminister einverstanden sind, der bereits während der letzten Regierungskrise als Finanzminister genannt wurde und als Fachmann einen guten Namen hat. Doumer ist Präsident der Finanzkommission des Senats. Briand verhandelte mit ihm bereits nach dem gestrigen Kabinettsrat das erste Mal, als von den vergeblichen Versuchen Loucheurs, die Finanzkommission umzustimmen, noch keine Nachrichten vorlagen.

Die „Journée Industrielle" stellt fest: „Die Regierungskrise hat also einen Minister mehr verbraucht und damit ist auch wieder eine weitere

verlorene Zeitperiode zu Ende,

wo eigentlich jeder von uns sagen muß, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist."

„Müssen denn alle 300 bis 400 Ministerkandidaten der Kammer und des Senats vorher verbraucht werden", fragt der „Figaro", „bis man endlich die Methoden ändern wird? Das Vorgehen Briands," betont das Blatt, „das Abwägen der Parteiansichten, das Herumtragen der Beschlüsse des Finanzministers, mag wohl an sich für ein große Kunst sein, aber in den gegenwärtigen Verhältnissen stellt es nur die Kunst der Zeitvergeudung dar. Wenn ein Volk auf dem Wege ist, seinen Credit zu verlieren, so kommt nur ein Weg in Betracht: jener des öffentlichen Kredits."

*

n. Warschau, 16. 12. (Eigenbericht.) Die Stellung des bekannten polnischen Führers Korfanty wird immer kritischer, nachdem jetzt die polnischen Abgeordneten der christlichen Demokraten in einer Entschließung gegen Korfanty scharfe Abwehrstellung eingenommen haben. Von seinen Fraktionskollegen wird der Ausschluß Korfantys aus der Fraktion verlangt, andererseits sie selbst an ein Ausscheiden denken würden. Der Fraktionsvorsitzende der christlichen Demokraten hat aus den zweifelhaften geschäftlichen Manipulationen Korfantys die Konsequenzen gezogen und bereits sein Amt niedergelegt.

Mossulkonflikt und Irakmandat.

sch. Genf, 16. 12. (Eigenbericht.)

Der Mossulkonflikt, der heute nachmittag in öffentlicher Sitzung, wenigstens soweit als es den Völkerbund im gegenwärtigen Augenblick angeht, aufgetragen wird, steht im Mittelpunkt des politischen Interesses. Wie verlautet, ist die von Chamberlain Montag aus London verlangte Stellungnahme der englischen Regierung zur Verlängerung des Mandates um 25 Jahre in positiver Sinne gestern eingetroffen, wenn auch die Annahme durch Einbringung eines Gesetzes noch aufsteht. Die Zahl 25 hat gleich anfangs, als sie genannt wurde, in England Unbehagen erweckt, doch scheint es, als ob die englische Regierung in den ersten Absätzen des Artikels 22 des Paktes im Bedarfsfalle den Vorwand finden könnte und wollte, die lange Mandatsdauer je nach politischen Bedürfnissen abzukürzen, indem sie feststellt, daß der Irak weit genug fortgeschritten sei, um sich selbst zu verwalten und

nur einen Protektorats

bedürfe. Damit könnte England eine vielleicht scheinbar wenderde Haft abschütteln und gleichzeitig scheinbar im Geiste des Paktes handeln, ohne dabei den bisherigen Einfluß auf das mit dem Irak inzwischen vereinigte Mossulgebiet zu verlieren. Den Kate liegt es ob, nicht nur die juristische und politische Seite des Problems des Berichtes, sondern auch die vielleicht noch schwierigere genaue Bestimmung der Grenze. Die als Demarkationslinie fungierende Brüssler Linie scheint überzeitig festgesetzt, aber die englischen Wünsche gehen ziemlich weit nach Norden darüber hinaus. Man will nun wohl einerseits den englischen Bedürfnissen möglichst Rechnung tragen, ohne andererseits von der Türkei eine

Zurückziehung ihrer Südfront

zu verlangen, was selbst einer so friedlichen Regierung, als es die türkische ist, zu viel zumuten hieße. Wie verlautet, will der Rat für die Zukunft die bittere Pille dadurch versüßen, daß er England gewisse wirtschaftliche Maßregeln und Konventionen empfiehlt, um die Türkei für den Verlust der reichen Gebiete einigermaßen zu entschädigen. Das von uns in Auszug gegebene türkische Rotbuch erregt großes Aufsehen, und die hiesige Presse entnimmt ihm heute, allerdings kommentarlos, den Satz Chenouls an Rustchi Bey daß der Völkerbundsrat im türkisch-englischen Konflikt keine Vorschläge machen könnte

Wer im Glashaus sitzt . . .

Oesterreichs Sozialisten gegen angebliche Korruption.

kbg. Wien, 16. 12. (Eigenbericht.)

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des österreichischen Nationalrates veröffentlicht das Ergebnis seiner Erhebungen in der angelegenheit des Außenministers Mataja, der vor einigen Monaten bekanntlich von der sozialdemokratischen Opposition der Geschenkannahme von Aktien durch die Biedermann-Bank und der Einflußnahme zugunsten der Bank beschuldigt worden war. Der Bericht der Mehrheitsparteien spricht Mataja von diesen Beschuldigungen frei. Im vollen Gegensatz hierzu erklärt der gleichzeitig veröffentlichte Bericht der sozialdemokratischen Minderheit im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, daß persönliche Gefälligkeiten der Bank gegenüber Mataja und große Unkorrektheiten vorgekommen seien.

Die Angelegenheit Mataja dürfte damit erledigt sein. Der Rücktritt des Außenministers Mataja wird in Kürze erwartet. Sein Gesundheitszustand ist infolge der Aufregungen der letzten Monate durch diese Angelegenheit und auch wegen der zahlreichen Mißerfolge in seiner Ministerlichkeit wohl nur mehr eine Frage von Wochen.

Das Mieterschutzgesetz im Nationalrat

kbg. Wien, 16. 12. (Eigenbericht.)

Während gestern im Nationalrat die erste Lesung der Mieterschutzgesetze unter dem wüsten Lärm der sozialdemokratischen Opposition eingeleitet wurde, verhandelten hinter den Kulissen die Verhandlungsführer zwischen den einzelnen Parteien über Kompromißformeln und eine Verständigungsbasis. Der großdeutsche Wirtschaftler Dr. Weber wurde während seiner Rede über die Vorschläge und Ziele der Regierungsvorlage von den Abgeordneten der Opposition förmlich belagert, und die versuchten auch ihn niederzuschreien. Weber hielt aber stand und brachte seine Ausführungen zu Ende. Die Redner der Opposition fündigten den schärfsten Kampf gegen die Vorlage an. Die Sprecher der Mehrheitsparteien ließen Kompromißbereitwilligkeit erkennen. Endlich wurde beschlossen, die Vorlage dem Ausschuß zuzuweisen, wo nun der Kampf um die einzelnen Bestimmungen entbrennen wird. Es ist zweifelhaft, ob das Gesetz bis Weihnachten erledigt werden kann. Die Christlich-sozialen Partei für die christlich-sozialen Arbeitnehmer, die sehr kritische Stimmung, die doch diese Unstimmigkeiten unerhalb der Christlich-sozialen Partei für die christlich-sozialen Arbeitnehmer entstanden war, ist also nun wieder gemildert. Die Pläne regen Umbildung der Regierung dürften vorläufig für einige Zeit wieder zurückgestellt werden.

Wahlrechtsänderung in Tirol.

kbg. Wien, 16. 12. (Eigenbericht.)

Im Innsbrucker Landtag ist ein Antrag des großdeutschen Abgeordneten Stefan eingenommen worden, wonach die Tiroler Landtagswahlordnung zugunsten der Wohlhabenderen Bevölkerung abgeändert wird. Fernerhin wird die Zahl der Mitglieder der Landesregierung zu verringern. Schließlich ist auch ein Beschluß darüber herbeigeführt worden, daß die Bataillone und das Volksbegehren in den Tiroler Gemeinden zur Durchführung kommen soll.

*

Im österreichischen Nationalrat kommen drei neue wirtschaftliche Vorlagen zur Verhandlung, über die Rentensteuerfreiheit für Konkordatsgenossenschaften, über Verzug, über die Verlängerung des Fusionsgesetzes, das besonders für die Banken von Bedeutung ist, sowie über die Verlängerung des Gesetzes über die Geldinstitutszentralen.

Entscheidungskampf gegen China Tso-lin.

Peking, 16. 12. (Sonderbericht der TAZ.)

Feng Yuh-siang schob seine Front bis in die Gegend von Kalu, wo Vorbereitungen für einen Angriff stattfinden sollen. Gleichzeitig versucht Ei China-lin hat aus Furcht vor einem Flankenangriff die Eisenbahnstadt verlassen und Tangku besetzt. Die Honan-Truppen sind aus der Kampfzone von Tientsin sämtlich herausgezogen worden und haben bei den Tsao-Truppen des Generals Feng überlassen, die dort fast geeinten haben. General Feng selbst weilt in Kalgan. Der internationale Schnellzug wird hier eingestellen. Alle Hinweise auf die Rechte aus dem Boxerprotokoll waren vergeblich. Die Zahl der Opfer der Kämpfe leidet über Mangel an Kohlen und Nahrungsmitteln und bekommt keine Post.

Schon wieder wird ein neuer Krieg gemeldet. Die Honan-Truppen sind an zwei Stellen in die Provinz Schansi eingebrochen, deren Gouverneur der sogenannte Wider-Tuchun, sich kräftig verteidigt.

Ende des Berliner Wasserkrieges

Die Berliner Städtische Wasserwerke A. G. teilt mit: Zwischen der Stadt Berlin und der A. G. Charlottenburger Wasserwerke sind am Mittwoch unter der Leitung des Oberpräsidenten Dr. Mosler die Begleichungsverhandlungen, betreffend die Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz dem Wasser und Steglitz beendet worden. Es ist vereinbart, daß die Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz am 1. Oktober 1925 auf die Stadt Berlin übergeht. Zu diesem Zeitpunkt gehen auch das Rohrnetz, die Hauptanschlüsse und die Wassermesser auf die Stadt Berlin über. Die Stadt Berlin zahlt für das überzehnde Rohrnetz, die Hauptanschlüsse und Wassermesser einen Preis von 2,5 Millionen Mark. Bis zum 1. Oktober 1926 verteilt die vertragsmäßige Lieferung des Wassers in Schöneberg und Steglitz den Charlottenburger Wasserwerke. Die neue die Stadt Berlin erhebende Abgabe nehmen die Charlottenburger Wasserwerke zurück. Der Vergleich bedarf der Zustimmung der städtischen Körperschaften.

Wiesbaden, 16. 12. (W. T. B.)

Eine neue Ordnung der Rheinlandkommission besagt, daß mit dem heutigen Tage die Anlage des Rundfunks im besetzten Gebiet gestattet wird.

Erich v. Falkenhayn.

General v. Zwehl hat ein Buch von besonderem Werte im Verlage von Mittler u. Sohn der Oeffentlichkeit übergeben: Erich v. Falkenhayn, General der Infanterie. Eine biographische Studie."

Zu dieser umfangreichen Arbeit hat ihn die Ueberzeugung angeregt, daß die vorwiegend unglückliche zeitgenössische Einschätzung der Charakterzeugnisse Falkenhayns das Bild des Menschen und der Persönlichkeit unrichtig beschönen, und daß die unrichtige auffällige Beurteilung seiner Wirksamkeit als Chef der z. D. H.Q. auch militärisch der Wahrheit — gelinde gesagt — nicht gerecht wird. Alle, die Falkenhayn dienstlich oder persönlich im Leben unrichtig beurteilen und oder sich nicht der landläufigen Einstellung gegen ihn anschließen, werden dem General v. Zwehl für sein Werk, das einer starken Gegnerschaft in Fachkreisen und der urteilslosen Massenjuggestion tapfer entgegentritt, aufrichtigen Dank wissen. Eine spätere Geschichtsschreibung aber, die ihren Richterspruch ohne Ira et studio zu fällen vermag, wird in dem Buche eine Quelle zum Finden der reinen Wahrheit sehen.

Zweck und Sinn einer Buchbesprechung beschränken die persönliche Stellungnahme zum Thema des Autors. Das aber sei hier gesagt: Nach der Materialschlacht die am Boden scheiterten Zweck der Kriegführung aufgenommen zu haben, noch dazu angesichts der unglaublichen Kräfte im Osten, war eine ganze Tat! — Nur höchste Verantwortungsfreudigkeit, gepaart mit sehr viel Mut, Tatkraft, Selbstvertrauen und Energie, konnte dazu befähigen! Daß nach der Materialschlacht bis Ende 1914 im Westen der Gegner das Gesetz des Handelns vorschrieb, war nicht abzuwenden. Oder kann jemand übersiegend verbürgen, daß die gegebenen Mittel ein ausrichtenderes Gegen die Absichten des Gegnerteil hätten? Bei alledem war Falkenhayn verdunkelt genug, zugunsten der wankenden Offensiven trotz drohender Großangriffe, deren Gelingen uns schon damals den Verlust des Krieges gebracht hätte, die dünne Westfront bis an die Grenze des Heeres-Fens zu schmälern. Sie hat es damals wohl gefühlt, daß der Osten alles Entbehrliche erhalten hatte! Auf beiden Kriegsschauplätzen gelang die Rettung der Lage, und unmittelbar anschließend leitete Falkenhayn Oberost-Ludendorf einen neuen weittragenden Bewegungsfeldzug ein! Man hat Falkenhayn dann „Ermattungsstrategie kleiner Schläge" vorgeworfen, jedoch ein Gebiete, durch Nordrußlands verteidigtarme Räume in das unbegrenzte Hinterland auszubauen, um so die Gefahrzone gegen die Zarenheere zu erzwingen. Hat etwa Falkenhayn nicht ebenfaust wie jeder andere die Bisenwohrheit gewußt, daß Vernichtungsschläge den feindlichen Willen zu einem Frieden brechen? Freilich konnte er wohl auch die andere Bisenwesenheit, daß zu einem wuchtigen Schlage eine große Reule gehört und in unserer Kriegsstellung vernichtende Schlachtschläge über die organisierten feindlichen Streitkräfte noch nicht ohne weiteres große Räder auf die Bahn zwingen. Seine Neuzeit allerdings schien das Verständnis für sein Wahtaktem! Diplomatischer und strategischer Weitblick ist ihn die Verhältnisse in Südwestasien und Kleinasien lange richtig bewerten, als sonst in seiner Nähe, selbst noch während des Zardanellenangriffs, solche Erkenntnis durchaus nicht Allgemeingut war! Das Jahr 1915 führte ihn die Mittelmächte mit einer eigentlich über Kraft und Wahrscheinlichkeit günstigen Lage an. Joffres Durchbruchsversuche war zerstrommen, Rußlands Kraft gebrochen, Oesterreich-Ungarn wieder aufgerichtet, Italien abgewehrt, Serbien niedergeworfen, Rumänien in Schach gehalten, die Türkei erhalten und das an Dardanellen und Tigris empfindlich geschlagene England von dem Orient stark gedemütigt! In der Zat doch wohl keine schlechte Bilanz! — 14 Monate nach der Marne!

Freilich — 1916 verließ Falkenhayn das Soldatengleid! Wohl mehren sich schon die Stimmen, die den erst so befehdeten Feldherrn Anerkennung auf Anerkennung zuteil werden lassen, und das für Freund und Feind gleich überraschende Verlangen der k. u. k. Offiziere konnte er nach Neuseeland hin Richtung stellen, aber die Krise war riesengroß geworden, als der Sommersturm loabrach! In solchen Zeiten schickt man Sündenbäcke in die Wüste! Aber weint! Heute hebt die Welt Falkenhayn nach einem Siegeszuge durch Rumänien, der die Entscheidung mit sich führte und kaum eine Parallele hat, auf den Schild und gestehen Feldherrnruhm, wenn er auch hinter Hindenburg und Mackensen zurückzutreten scheint, weil ihnen die Gnadensonne heller strahlte und größere Vorbeerkränze sichtbarer geflochten wurden! Was dann kam, in Palästina und Westrußland, waren nur noch Episoden in Abwehr eines unentrinnbar sich vollziehenden Fragenkomplex beleuchtet General v. Zwehl etwa in gleichem Sinne zu Falkenhayns Gunsten mit der wohltuend maßvollen Kritik, die sich der Gerechtigkeit gegenüber bewußt bleibt, und mit erschöpfender Gründlichkeit. — In den Rückblicken auf die einzelnen abgehandelten Zeitabschnitte erscheint er dem Verfasser Falkenhayn die Anerkennung, die ihm militärisch zukommen dürfte. — Nur zu den Betrachtungen der Verhältnisse auf dem vorderasiatischen Kriegsschauplatz ist manches zu bemerken. Niemand konnte wohl für geeigneter gelten, die Lage im Or